

ISSN 1016-9954

 **info**

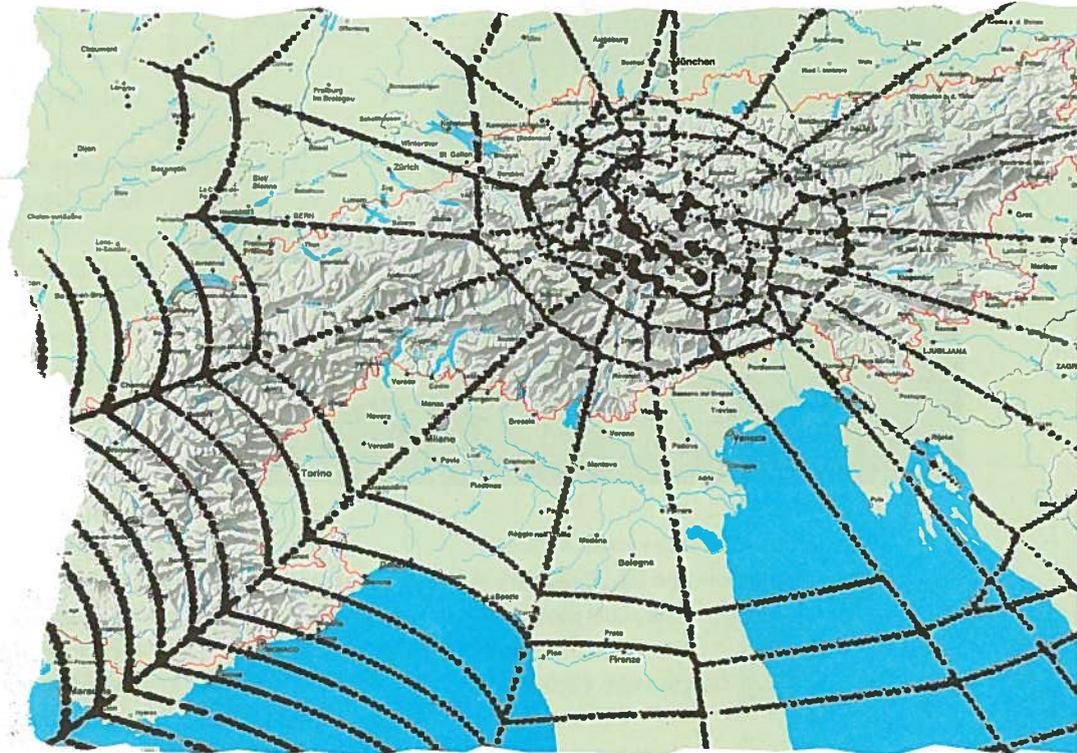
Nr. 54 · September 1999 · Deutsche Ausgabe

Commission
Internationale
pour la
Protection
des Alpes

Internationale
Alpenschutz-
kommission

Commissione
Internazionale
per la Protezione
delle Alpi

Mednarodna
komisija za
varstvo Alp



Deutschland
Frankreich
Italien
Liechtenstein
Österreich
Schweiz
Slowenien

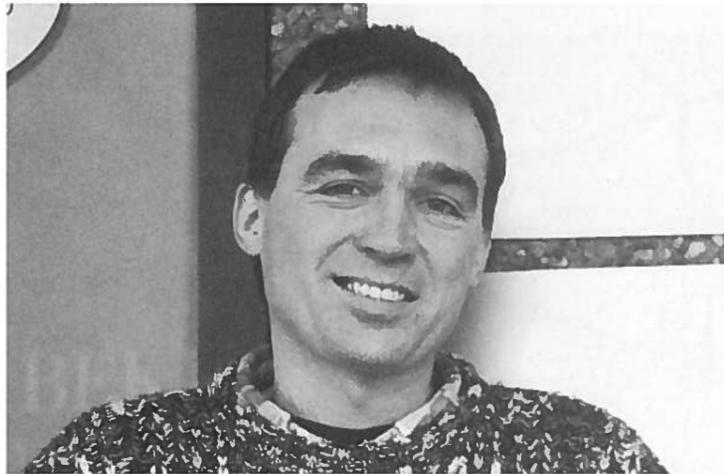
Alpennetzwerke

www.cipra.org

Vernetzung in der Politik kein Bedürfnis?

Liebe LeserIn, lieber Leser

In dieser Nummer widmen wir uns der Vernetzung im Alpenraum. Sowohl bei den Projekten, die die CIPRA in den letzten Jahren durchgeführt hat, wie auch in der Informationsarbeit, die sie seit ihrer Gründung im Jahre 1952 leistet, war der Gedanke der Vernetzung



FotografIn: Kornelia Pfeiffer

hat das erste Jahr ihres Vorsitzes bei der Alpenkonvention verschlafen. Deutschland forderte an der letzten Alpenkonferenz ein Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten. Nun verhindert das gleiche Land Fortschritte in der eingesetzten Arbeitsgruppe (vgl. Artikel auf Seite 8). Österreich, früher Partner der CIPRA mit dem Ziel einer nachhaltigen Verkehrspolitik, hat sich von seinen Zielen verabschiedet. Heute setzt die Politik in Österreich auf neue Strassen und zweite Röhren.

Eine alpenweit vernetzte Politik der Nachhaltigkeit hat für die Alpenstaaten offenbar keine Priorität mehr. Sollen die Aktivistinnen und Aktivisten an der Basis deshalb den Kopf hängen lassen und Trübsal blasen? Kaum. So naiv waren sie nicht, dass sie sich von der Alpenkonvention «alles» erwartet hätten und meinten, sie bräuchten nichts mehr zu tun. Wir Vertreterinnen und Vertreter der NGOs werden weitermachen, uns weiterhin vernetzen und international zusammenarbeiten. Die Alpenkonvention hat dazu wesentlich beigetragen, früher. Die Kontakte, die dabei entstanden sind, die Bewegungen, die sie ausgelöst hat, lassen wir uns nicht nehmen. Ob die Alpenkonvention für uns in diesem Prozess weiterhin wichtig sein wird, wird davon abhängen, ob sich die Staaten endlich zu konkreten Massnahmen aufrufen können. Dies wird sich in nächster Zukunft weisen.

Andreas Götz
Geschäftsführer CIPRA-International

ihr Hauptanliegen. Probleme grenzüberschreitend lösen, über das eigene Gartenzäunlein hinaus blicken, mit anderen zusammen arbeiten, gemeinsam nach Lösungen suchen.

Einige Initiativen und Organisationen, die sich ebenfalls diesen Zielen verschrieben haben, werden in dieser Nummer vorgestellt. Eine politische Initiative in diesem Geist war einmal die Alpenkonvention. Leider ist davon wenig geblieben. Kein einziges Alpenkonventions-Protokoll ist bis anhin ratifiziert. Die Schweiz

Editorial

INHALT



● NETZWERKE

- 4 Netzwerke in den Alpen: Mode oder Muss?
- 6 Die CIPRA – Ein Netzwerk von NGOs
Ein Netzwerk von Fachleuten der alpinen Schutzgebiete
- 7 Gemeindefachnetzwerk «Allianz in den Alpen»:
positive Bilanz nach vier Jahren

ALPENKONVENTION

- 8 Verkehrsprotokoll auf guten Wegen?
Streitbeilegungsverfahren: Deutschland tritt
auf die Bremse!

VERKEHR

- 9 Strassenverkehr verursacht 26.7 Mia Euro an
Gesundheitskosten
Verlagerung auf die Schiene?



● SLOWENIEN

- 10 CIPRA-Slowenien neu gegründet
Pocar: Erhaltung des slowenischen Kulturerbes
- 11 Slowenien: Sonnenseite der Alpen

OLYMPISCHE WINTERSPIELE

- 12 Neue Spielregeln gefragt!



● AKTUELL

- 13 Auf den Hund gekommen
Europaparlament und Alpen
- 14 EU und die Alpen – Die Auswirkungen der
AGENDA 2000 auf den Alpenraum
Mit voller Kraft für mehr Kostenwahrheit in den Alpen

ALPENSTADT DES JAHRES

- 15 Belluno 1999, Maribor 2000

● WEISSBUCH/ SCHWARZE LISTE

- 16 Erweiterungspläne für den Schweizer Nationalpark
Tirol: Illegal errichteten Golfplatz «Schwemm»
nachträglich bewilligen?

PUBLIKATIONEN

- 17 Geschichte der Alpen 1500 – 1900
Die Umwelt in der Europäischen Union
an der Wende zum 21. Jahrhundert

AGENDA

- 18 CIPRA-Agenda

AKTUELL

- 20 Lech gerettet
EU-Moratorium für GMO
13 Jahre nach Tschernobyl
Impressum



Netzwerke in den Alpen: Mode oder Muss?

Die Alpenkonvention hat das Miteinander von Schutz und nachhaltiger Entwicklung im Alpenraum auf rechtsverbindlicher, politisch relevanter Ebene verankert. Damit kommt zum Ausdruck, dass es um staatenübergreifende Probleme und Herausforderungen geht, die in den Lebenskontext jedes Einzelnen einwirken – und dass erfolgreicher Umgang damit neben behördlichen Massnahmen die Zusammenarbeit über Institutions- und Verwaltungsgrenzen hinweg braucht.



Netzwerke als (Selbst)Organisationsform sind keine akademische Mode, sondern Bestandteil unseres Alltags: Antwort auf die Ausrichtung von Leben und Wirtschaften am Wettbewerbsprinzip, ein Mittel zum Umgang mit komplex werdenden Strukturen und Prozessen der Informations-, Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft. Im Alpenraum kommt ein weiterer Faktor hinzu: Durch kulturelle Vielfalt, föderale Tradition und kleingekammerte Topographie ist die Vielfalt der Akteure gross. Dies gilt für die Zahl alpenrelevanter Entscheidungsträger, aber auch der Institutionen, Akteursgruppen und -netze, welche das Vielfaltspotential nutzen oder damit verbundene Barrieren für Kommunikation und Aktion überwinden wollen.

In Visionen einer staatenübergreifenden Zivilgesellschaft als Antwort auf die Globalisierung gelten Netzwerke neben «aufgeklärten überlokalen Eliten» als tragende Struktur zur Verbesserung der Lebensbedingungen des/der Einzelnen, der Gesellschaft, der Mitwelt. Die Gesamtheit solcher Netzwerke in einem konkreten Grossraum (z. B. Alpen) erfüllt die Rollen eines sich entwickelnden kollektiven Gewissens bzw. moralischen Bewusstseins («moralische Instanz»), der Mitgestaltung und Verbalisierung gemeinsamer sozialer Nachfrage («Sprachrohr der Bedürfnisformulierung») und einer Plattform innovativen politischen Verhaltens.

Und die Alpen?

Prägend für die kontextspezifische Ausformung von Netzwerken ist normalerweise kollektive Handlungsorientierung aufgrund kollektiver historischer Erfahrungen. Derartige Erfahrungen fehlen dem Alpenraum jedoch weitgehend. Vielmehr werden Differenzen – Schweiz und Österreich, Tirol und Bayern etc. – geradezu lustvoll gepflegt. Allein aus generellen Unterschieden in der Ressourcenausstattung entstehen Netzwerke jedoch auch nicht. Anders gesagt: Der Alpenraum hat historisch schlechte Voraussetzungen für Kooperation; und nur

weil er sich alpenspezifischen Fragen gegenüberstellt, entstehen die nötigen Strukturen zu deren Bewältigung noch nicht von selbst.

Nachhaltige Entwicklung im Alpenraum und gemeinsamer, ganzheitlicher Alpenschutz verlangen immanent nach vernetztem Vorgehen. Umso mehr, als eine Super-Alpen-Instanz zur Begradigung der vielschichtigen alpinen Realität weder in Sicht noch wünschenswert ist. Die Alpenkonvention, ein Staatsvertrag, umgeht diese Frage. Sie regt einige zum Teil schon verwirklichte fachliche und technische Netzwerke an (siehe unten), aber innerhalb der geltenden staatlichen Ordnung und bestehender Institutionen. Die Alpen-Strukturen, die der Konventionsprozess hervorgebracht hat (z. B. Alpenkonferenz der UmweltministerInnen), haben marginale Handlungsspielräume und geringes politisch-gesellschaftliches Gewicht. Noch halten sich zudem National- oder Regionalstaat für die wichtigsten oder einzig legitimierten Akteure. Aber: Auch im Alpenraum führt Globalisierung zu einer Akzentverschiebung weg vom staatlichen Entscheidungsmonopol. Staatliches Handeln heisst immer mehr, intelligent auf Übergeordnetes oder Entglittenes zu reagieren sowie an lokalen Lösungen für lokale Probleme mitzuwirken. Dabei sind Bündnisse ein Muss – auch mit denjenigen, denen offizielle Stellen mit Blick durch ihre Kompetenzbrille gern die Bündnisfähigkeit absprechen. Netzwerke sind dafür die angemessene Struktur.

Was Vernetzung kann und was nicht

Grundlegendes Ziel von Vernetzung ist «Markterschliessung» (hier für den Alpenschutz) durch Verflechtung mit anderen Akteuren, Koordination bzw. Sicherung bestehender «Marktbeziehungen», auch die Interessenswahrung. Vorteile von Vernetzung sind das gute Verhältnis von Aufwand und «Verbindungsertrag», zeitliche und inhaltliche Flexibilität bei Netzbildung und -aufrechterhaltung, Unterstützung beim Entwickeln gemeinsamen Problembewusstseins, mehr Sicherheit beim Bewältigen von Strukturbrüchen, tendenziell geringer institutioneller Steuerungsaufwand. Im Ablauf stehen der Austausch von Informationen, Wissen, Anregungen, Erfahrungen und Marktzugängen nach dem Ware-gegen-Ware-Prinzip im Zentrum. Erfolgsvoraussetzungen sind das Gegenseitigkeitsprinzip, mittelfristig realistische Erwartung von Nutzensausgleich und Gesamtmehrwert, (begrenzter) Altruismus der Partner, Vertrauen und Verlässlichkeit zwischen den Partnern (= gute persön-

liche Kenntnis), ein Mindestmass an Redundanz (theoretisch überflüssigen Verbindungen). Dazu kommen weitgehende Freiwilligkeit der Beteiligung ohne Formalverpflichtungen, unkomplizierter Zugang für netzwerkfähige (= passende und zeitgerecht interessierte) Neupartner, vergleichsweise wenig aufwendige Pflege, unkomplizierte und rasche Aktivierbarkeit bei Bedarf, grosse Flexibilität.

Unterschiede zwischen der Anwendung im Alpenraum und dem «raumlosen» Zugang der Wirtschaft drängen sich auf: Der erfolgreichen Netzwerkbildung förderliche Faktoren sind hier Ausnahme, nicht Regel. Andererseits kommt dies der Ausfallsicherheit im Netz zugute: Zur Überwindung der Situation muss ohnedies vielfach «doppelt gewebt» werden. Nachholbedarf im Kooperieren vergrössert auch Spielräume und Chancen, mittels Vernetzung anders nicht erreichbare Erfolge einzufahren. Zwischen Effektivität und «Zerreihsicherheit» ein handhabbares Verhältnis zu entwickeln und erhalten, ist die grosse Herausforderung. Jedenfalls können Netzwerke Brutstätten unternehmerisch-innovativen Handelns und wirtschaftlicher wie gesellschaftlicher Dynamik sein. Schmal ist der Grat zwischen Vernetzung und Verstrickung allerdings dort, wo sich NGOs nicht nur als gesellschaftliche, sondern auch als ökonomische Produktivkraft etablieren. Gemeint sind nicht die in den einzelnen Talschaften verankerten Initiativen, Vereine und ihre Dachorganisationen, sondern professionalisierte transnationale NGOs und insbesondere Lobbyingorganisationen, etwa im Verkehrs- oder Tourismussektor.

Typische Alpenprobleme stehen Vernetzungsstrategien oft nur auf den ersten Blick im Weg: So macht das Kirchturmdenken zwar Kooperation zwischen Nachbargemeinden fast unmöglich, lässt aber Zusammenarbeit über weitere Distanzen hinweg unberührt. Ebenso erschwert zwar die mangelnde Synchronisation offizieller Aktivitäten die Vernetzung, dazwischen bleibt aber für ausserstaatliche Initiativen umso mehr Platz. Eine Ideologie der Interdependenz – Vernetzung als Selbstzweck oder Alibi-Reaktion auf allein nicht lösbare Probleme – ist nicht gefragt.

Ist Vernetzung automatisierbar? Hier sind realistische Erwartungen gefordert. Die Präsenz in globalen Datenetzen kann die qualifizierte persönliche Begegnung der Akteure nicht ersetzen, insbesondere dann, wenn es um Nachhaltigkeit, um ökonomische oder soziale Innovation geht. Das Reduzieren von Netzwerken auf Datenbanken lässt ihre Halbwertszeit gewaltig schrumpfen.

Alpenraum:

locker geknüpft, grosse Maschen

Bleibt die Realität im Alpenraum: Die Staaten der Alpen sind vielfältig in relevante alpenübergreifende Netzwerke mit Wirtschafts- oder Militärfokus integriert, von EU und EWR über NATO bis zu OECD und WTO. Die Regionen mit Alpenanteil haben sich zum Teil sehr früh zu jeweils über die Berge hinausgreifenden regionalen Arbeitsgemeinschaften (Arge Alp, Arge Alpen Adria, COTRAO) zusammengefunden, ohne diese problem- und lösungsnahen Vernetzungen auch mit Kompetenzen auszustatten. Ihre alpenweite Meta-Vernetzung funktioniert überdies nicht. Viele Regionen und Städte sind in randalpine (z. B. Arge Donauländer, Bodenseekonferenz) oder europaweite Netze einbezogen.

Alpenspezifische Netzwerke gibt es hingegen nicht allzu viele. Ansätze unterschiedlicher Reichweite und Tragfähigkeit auf Ebene der Städte und Gemeinden werden in diesem Heft erwähnt. Ansonsten wird man noch bei politischen Parteien (Alpensozialisten, Grünes Alpennetzwerk), im Kreis der ökologischen NGOs (CIPRA, CAA – Club Arc Alpin) und neuerdings im Forschungsbereich fündig. Wichtig sind auch die explizit der Umsetzung einzelner Themen der Alpenkonvention gewidmeten Netzwerke: Das auf e-mail-Basis laufende Bergwald-Netzwerk oder das Netzwerk Berglandwirtschaft der Euromontana etwa. Damit die breitere Öffentlichkeit von all dem etwas erfährt, ist das vom Zürcher Alpen-Journalisten Wilfried Richter geknüpfte «Medien-Netzwerk Alpen» wichtig.

Nicht zu vergessen sind die im wahrsten Wortsinn asozialen Netzwerke, von deren Realisierung die Alpen betroffen sind – das Transeuropäische Strassenverkehrsnetz etwa.

Vernetzung kann zu einer kommunikativen Raumentwicklungspolitik führen, die zwar nicht frei von Hierarchien oder Machtverhältnissen ist, aber Aktivitäts- und Einbindungspotentiale schafft. Dem sehr nutzenorientierten Dogma «soviel Kooperation wie nötig, soviel Konkurrenz wie möglich» zu folgen, ist für den Alpenraum wohl zu wenig. Ziel muss im Sinn von Ulrich Beck sein, eine bunte und insgesamt wohlschmeckende wie lebenserhaltende Mischung in die grosse «Salatschüssel» alpiner Vernetzung zu bringen. 12 Millionen Salatblättchen würde der globale Wind verstreuen.

Reinhard Gschöpf
CIPRA-Österreich



Die CIPRA – Ein Netzwerk von NGOs

Die Internationale Alpenschutzkommission CIPRA («Commission Internationale pour la Protection des Alpes») wurde bereits 1952 gegründet. Sie vernetzt als nichtstaatliche Dachorganisation gegen 100 Verbände und Organisationen aus allen sieben Alpenstaaten.



CIPRA, Alma Sartoris

Beispiel einer Vernetzung: CIPRA-Sommerakademie mit DozentInnen und TeilnehmerInnen aus allen Alpenländern

Red.-Mitglieder von CIPRA-International sind die nationalen CIPRA-Vertretungen in den sieben Alpenstaaten sowie eine regionale Vertretung in Südtirol, die ihrerseits Dachverbände mit Mitgliedsorganisationen sind. Sitz von CIPRA-International ist Schaan im Fürstentum Liechtenstein.

Die CIPRA initiiert und fördert Massnahmen zum Schutz von Natur und Landschaft. Sie setzt sich dafür ein, dass Entwicklungsvorhaben in den Alpen im Sinne der nachhaltigen Entwicklung umwelt- und sozialverträglich gestaltet und Umweltbelastungen auf ein nicht schädliches Mass reduziert werden. Ebenso ist ihr die Erhaltung der regionalen Vielfalt und die grenzüberschreitende Lösung der gemeinsamen Probleme ein Anliegen. Bei der Alpenkonvention, die sie wesentlich

mitinitiiert hat, hat sie Beobachterstatus. Um die erwähnten Ziele zu erreichen, hat die CIPRA ein Netzwerk von Personen und Nichtregierungsorganisationen aufgebaut. Durch regelmässigen Informationsaustausch, Treffen und Fachkonferenzen sowie gemeinsame Projekte fördert sie eine nachhaltige Alpenpolitik.

Die grossen Projekte der letzten Jahren konnten sich auf dieses alpenweite Netzwerk von Personen und Kompetenzen abstützen. 1996 hat die CIPRA das Gemeindeforschungsnetzwerk «Allianz in den Alpen» initiiert. Im Informationsbereich hat sie 1998 den 1. Alpenreport publiziert, in dem mehr als 70 AutorInnen zu Wort kommen. Im Bereich Bildung führt sie dieses Jahr die 2. Sommerakademie «Brennpunkt Alpen» mit ReferentInnen aus allen Alpenländern durch. Die Homepage der CIPRA (www.cipra.org) gilt als sehr umfangreiche viersprachige Informationsquelle über die Alpenpolitik für die Mitgliedsorganisationen wie für viele weitere Interessierte.

Ein Netzwerk von Fachleuten der alpinen Schutzgebiete

Das Netzwerk alpiner Schutzgebiete besteht seit 1997 und hat seit seiner Gründung mehr als 40 Treffen, Workshops, Kolloquien und Konferenzen organisiert. Diese Treffen und das vorhandene gegenseitige Vertrauen und Interesse ermöglichen einen beständigen und intensiven Austausch zwischen den MitarbeiterInnen der alpinen Schutzgebiete.

Dieser Austausch ermöglichte die Umsetzung einer Reihe von Gemeinschaftsprojekten, die man vor ein paar Jahren noch nicht für möglich gehalten hätte. Hier seien einige beispielhafte Projekte vorgestellt:

Thema: Erarbeitung gemeinsamer Artenbeobachtungs-Protokolle.

Umsetzung: In mehreren Parks wurde ein gemeinsames Protokoll zur Zählung von Gamsen (durch einheitliches Codieren) eingeführt. Die Ergebnisse wurden verglichen und auf spezielle Fragen der Überwachung (bezüglich Jagd, Krankheiten, Populationsentwicklungen...) konnten Antworten gegeben werden. Ähnliche Arbeiten werden derzeit für weitere Arten durchgeführt.

Thema: Austausch von Parkaufsehern.

Umsetzung: Zwischen mehreren alpinen Schutzgebieten findet ein Austausch zu präzise abgegrenzten Themengebieten statt (z. B. Überwachung der Touristenströme, Pädagogik, Methoden der Zählung von Arten).

Thema: Organisation von Studienreisen für bestimmte Berufsgruppen.

Umsetzung: Reisen von Hoteliers und Restaurantbetreibern, Landwirten und Touristikern der französischen Parkregionen nach Österreich und nach Italien, um sich anhand privater Initiativen im Bereich des sanften Tourismus fortzubilden.

Thema: Gemeinsames Monitoring der alpinen Flora und der alpinen Gewässer.

Umsetzung: Im Rahmen des fünften Forschungsprogramms der EU fand dies unter verschiedenen partnerschaftlich verbundenen Parks statt.

Weitere Themen:

Gemeinsames Auftreten gegenüber der Öffentlichkeit. Rückkehr der Grossraubtiere Luchs, Wolf und Bär, Schaffung des Europäischen Gebirgsforschungszentrums, beständiger Austausch verschiedener thematischer Arbeitsgruppen ausserhalb der jährlichen Treffen und Sensibilisierung der unterschiedlichen NutzerInnen der Alpen bezüglich Störeinwirkungen auf Raubvögel.

Guido Plassmann
Netzwerk Alpiner Schutzgebiete

Gemeindeforschungsnetzwerk «Allianz in den Alpen»: positive Bilanz nach vier Jahren

Die Alpenkonvention auf kommunaler Ebene modellhaft umzusetzen lautete das Ziel, mit dem das Gemeindeforschungsnetzwerk «Allianz in den Alpen» 1996 gestartet war. CIPRA-International begleitete die zweijährige Pilotphase und vermittelte dem Gemeindeforschungsnetzwerk bis Ende 1997 entscheidende Impulse. Anlässlich der CIPRA-Jahresversammlung im Bovec (Slowenien) wurde das Gemeindeforschungsnetzwerk in einen eigenständigen Verein übergeführt.

Beteiligten sich in der Pilotphase 27 Gemeinden am Netzwerk, so sind es heute deren 50 (Stand August 99), 36 Mitgliedsgemeinden sowie 14 assoziierte Gemeinden, die im Rahmen des EFRE-Programmes am Gemeindeforschungsnetzwerk mitarbeiten und ab 2001 Mitglieder werden können (vgl. Kasten). Am meisten Gemeinden beteiligen sich aus Italien (16), Deutschland (12) und der Schweiz (11). Da das Netzwerk in Frankreich nur ein Mitglied hat, lancierte der Vorstand kürzlich eine Initiative mit dem Ziel, in den französischen Alpen mittelfristig 3–5 neue Mitgliedsgemeinden zu gewinnen. Die Arbeit am Umweltprogramm und an den Umsetzungsprojekten in den einzelnen Gemeinden erfolgt auf der Basis eines eigens entwickelten kommunalen Öko-Auditverfahrens, wobei für die einzelnen Gemeinden grosse individuelle Spielräume bestehen. In allen Handlungsfeldern sind unterdessen wegweisende Modellprojekte im Gang. Trotz unterschiedlichen

Ergebnissen in den einzelnen Ländern kann das Gemeindeforschungsnetzwerk nach vier Jahren eine positive Bilanz ziehen.

Dominik Siegrist
Alpenbüro Netz Zürich

Kontakt: Verein «Allianz in den Alpen», Gemeindeverwaltung, I-38025 Naturns, www.alpenallianz.org.

Im Rahmen des Pilotaktionsprogrammes Art. 10 EFRE für den Alpenraum erstellt CIPRA-Deutschland in Zusammenarbeit mit dem Alpenforschungsinstitut in Garmisch-Partenkirchen und dem Alpenbüro Netz in Zürich eine Beispielsammlung kommunaler Projekte der Alpengemeinden, die sich durch besonders nachhaltige Planung im Sinne der Alpenkonvention hervorheben. Die Sammlung wird in einer Datenbank im Internet zur Verfügung gestellt und soll den Erfahrungsaustausch sowie eine partnerschaftliche Übertragung von Knowhow zwischen den Alpengemeinden ermöglichen. Mit diesem Prozess soll die Umsetzung der Alpenkonvention und damit eine nachhaltige Entwicklung im Alpenraum gefördert werden.

Barbara Hallensleben
CIPRA-Deutschland

Offizielle Netzwerk-Gründung an der CIPRA-Jahresfachtagung in Bovec, 1997



Emmanuelle Brancat

Verkehrsprotokoll auf guten Wegen?

Bei den Verhandlungen zum Verkehrsprotokoll sind in verschiedenen Bereichen Fortschritte zu vermelden. Was allerdings den ernpunkt der «neuen hochrangigen alpenquerenden Strassen» betrifft, gibt es kaum Hoffnung auf eine Lösung, die den Alpenländern Entlastungen bringt.

Red. – Vom 30. Juni bis zum 2. Juli 1999 trafen sich die Verkehrs- und UmweltexpertInnen der Alpenländer zur zweiten Sitzung der neuen Arbeitsgruppe. Anwesend waren alle Vertragspartner und Signatäre ausser Monaco (entschuldigt) sowie von den Beobachtern CAA, IUCN, CIPRA und AEM.



Petra Bockmühl

Die Arbeitsgruppe arbeitete in einem grundsätzlich positiven Klima. Die Arbeit konnte noch nicht abgeschlossen werden, aber es zeigt sich schon einigermaßen, wohin der Weg führen wird. Das Protokoll scheint im Bereich Kostenwahrheit, Förderung des öffentlichen Verkehrs, Verlagerung der Güter auf die Schiene etc. in die richtige Richtung zu gehen. Dies trotz einer oft rückwärtsgerichtetten Haltung beispielsweise der Vertretung der Europäischen Union. Sobald es aber um den Bau neuer hochrangiger alpenquerender Strassen geht, ist es vorbei mit der Harmonie. Hier wollen sich die Staaten von niemandem «dreinreden» lassen. Ein Stopp des Baus neuer hochrangiger Strassen oder ein Vetorecht für die von einem Neubau betroffenen Länder ist heute selbst für Österreich kein Thema mehr.

Aus Sicht der CIPRA nützen alle an sich begrüssenswerten Bekenntnisse zu Kostenwahrheit und zur Verlagerung der Güter auf die Schiene sehr wenig, wenn gleichzeitig mit neuen hochrangigen Strassen und Tunnels die Bedingungen für die LKWs ständig verbessert werden.

Die nächste Sitzung der Arbeitsgruppe findet vom 29. September bis 1. Oktober 1999 wiederum in Liechtenstein statt.

Streitbeilegungsverfahren: Deutschland tritt auf die Bremse!

Die Alpenkonvention sieht nicht vor, dass ein Staat bei einer Verletzung der Konvention durch einen anderen einen Richterspruch herbeiführen kann. Dies soll sich ändern. Der Weg zu einem Streitbeilegungsverfahren ist allerdings holprig.

Red. – Im Juni trafen sich die Delegationen der Alpenstaaten und der NGOs in Wien zum zweiten Mal zur Erarbeitung eines Streitbeilegungsverfahrens. An der ersten Sitzung im März hatte die Schweiz Erstaunen und Unverständnis ausgelöst. Sie wollte darauf verzichten, konkrete Projekte der Beurteilung durch ein Schiedsgericht zu unterwerfen. Sie befürchtete Überschneidungsprobleme mit der sogenannten Espoo-Konvention. Nun hat die Schweiz einen Kompromissvorschlag vorgelegt: Die Staaten sollen darauf verzichten, ein Schiedsverfahren anzustrengen, wenn sie in der gleichen Angelegenheit bereits im Rahmen der Espoo-Konvention eine Einigung erzielt haben.

An der Juni-Sitzung unternahm dann Deutschland den Versuch, den erst kürzlich angelaufenen Prozess

für das Schaffen eines Schiedsverfahrens zu torpedieren. Die deutsche Delegation stellte den Antrag, dass ein zu schaffendes Schiedsgericht keine bindenden Urteile erlassen sondern nur Empfehlungen abgeben solle. Dabei war an der V. Alpenkonferenz am 16. Oktober 1998 in Bled (SI) ausgerechnet auf Antrag von Deutschland beschlossen worden, dass ein Verfahren für die Streitbeilegung im Rahmen der Alpenkonvention entwickelt werden soll. Hätte Deutschland damals klargestellt, dass man bloss ein Gremium schaffen wolle, das Empfehlungen abgibt, wäre wohl niemand zu den Sitzungen der Arbeitsgruppe nach Wien gereist. Jedenfalls lehnten alle anwesenden Delegationen von Liechtenstein, Slowenien, Österreich und der Schweiz das Ansinnen Deutschlands ab. Von Italien, Frankreich, Monaco und der Europäischen Union liegt keine Stellungnahme vor. Diese Vertragspartner bzw. Signatäre waren der Sitzung unentschuldigt ferngeblieben. Die nächste Sitzung findet am 4./5. Oktober 1999 wieder in Wien statt.

Weltgesundheitsorganisation WHO

Strassenverkehr verursacht 26.7 Mia. EURO Gesundheitskosten

Auf der dritten Ministerkonferenz über Umwelt und Gesundheit, welche vom 16. bis zum 18. Juni in London von der Weltgesundheitsorganisation WHO durchgeführt wurde, waren die Umwelt-, Gesundheits-, und VerkehrsministerInnen von 51 europäischen Staaten anwesend. Es wurden elf grosse Themenbereiche behandelt, darunter auch «Verkehr, Umwelt und Gesundheit».

Red. – Für die Konferenz verfassten Österreich, Frankreich und die Schweiz gemeinsam eine Studie über die durch den Strassenverkehr und durch die Luftverschmutzung verursachten Gesundheitskosten. In den drei Ländern wurde dieselbe Methodik angewendet: Es wurden jeweils drei Fachgruppen gebildet. Die erste untersuchte die Luftverschmutzung (im allgemeinen sowie im spezifisch die durch den Strassenverkehr verursachte), die zweite untersuchte den Zusammenhang zwischen Luftverschmutzung und Gesundheit, und die dritte evaluierte die ökonomischen Aspekte (Berechnung der finanziellen Auswirkungen der Luftverschmutzung). Der Bericht ist sehr aussagekräftig, da in

allen drei Ländern bei der statistischen Erhebung praktisch die gleiche Struktur und Methodik angewandt wurde. Die transdisziplinäre Arbeitsgruppe kommt zu folgenden Schlussfolgerungen: 1996 betrug die in Österreich, Frankreich und der Schweiz durch die Luftverschmutzung verursachten Gesundheitskosten 49,7 Mia. EUR. Davon gehen 26,7 Mia. auf das Konto des Strassenverkehrs.

Der Ansatz der Umrechnung von Gesundheit in Geldwerte ist in Anbetracht der menschlichen Leiden, die man damit zu quantifizieren versucht, grundsätzlich zynisch. Dies lässt sich allerdings kaum vermeiden, da Geld momentan den einzigen Wert darstellt, den unsere Gesellschaft versteht. Die Arbeitsgruppe vertritt die Einschätzung, dass die Resultate ihres Berichtes «den Handlungsbedarf unterstreichen». Sollten die Umwelt-, Gesundheits-, und VerkehrsministerInnen der 51 in London vertretenen europäischen Staaten nicht handeln, wäre der Bericht einer mehr in der Reihe der interessanten aber unnützen Studien, und die BürgerInnen hätten guten Grund, sich von den PolitikerInnen hintergangen zu fühlen.

Die Zusammenfassung des Berichtes ist unter www.who.dk/London99 verfügbar.



© O.Baumeister, Ges. für ökologische Forschung, München

Unfälle im Mont-Blanc und Tauern-Strassentunnel

Verlagerung auf die Schiene?

Die Unfälle im Mont-Blanc- und Tauerntunnel haben das Gesicht des alpinen Strassentransits tiefgreifend verändert. Täglich müssen 3800 Lastwagen (durchschnittlich 2000 am Mont Blanc und 1800 am Tauern) eine andere Transitachse oder ein anderes Verkehrsmittel wählen.

Red. – Vor der Katastrophe am Mont Blanc fuhren täglich gut 2000 Lastwagen durch den Fréjus-Tunnel, heute sind es fast 4000, mit Spitzen über 5700. Fast 85 % des Verkehrs, der durch den Mont-Blanc-Tunnel ging, wurde auf den Fréjus verlagert, in geringerem Ausmass auch auf andere Pässe. Dies führt zu einer steigenden Unzufriedenheit bei den betroffenen BewohnerInnen und lokalen Behörden. Dass der ganze Verkehr nach Südwesten verlagert wurde, hängt mit der 28-Tonnen-Beschränkung auf den schweizerischen Strassen zusammen. Auf den Druck der italienischen Regierung, diese Beschränkung provisorisch aufzuheben, hat die Schweiz mit einem kategorischen «nein» geantwortet. Die Kapazität der Eisenbahngesellschaften, diesen Verkehr auf-

zunehmen, ist gleich Null. Die SNCF ist nicht entsprechend ausgerüstet, und auf der Gotthard-Achse ist seit März nur eine unbedeutende Transportzunahme zu beobachten. Die in der Schweiz vorgeschobenen Argumente sind einerseits der zu hohe Beförderungspreis und andererseits das Fehlen von geeignetem Rollmaterial für die «Schiene-Autobahn» sowie die zu geringen Masse des Gotthardtunnels.

Am Tauerntunnel sind die Verhältnisse anders. Ökombi, für den Schienentransport verantwortlich, hat im Juni zwischen Wels und Villach 3474 Lastwagen befördert. 1998 waren es im selben Zeitraum nur 530. Die Auslastung hat also um den Faktor sechs zugenommen, nicht zuletzt, weil der österreichische Staat hierfür wesentliche Subventionen gewährt. Zwischen Salzburg und Ljubljana hat sich die Anzahl der beförderten Lastwagen im gleichen Zeitraum verdoppelt (687 Lastwagen im Juni 1998 gegenüber 1425 Lastwagen im Juni 1999). In absoluten Zahlen nimmt Schiene trotzdem nur einen winzigen Teil des Verkehrs auf, der durch den Tauerntunnel geflossen ist.



© Ges. für ökologische Forschung, München

CIPRA-Slowenien neu gegründet

CIPRA-Slowenien funktionierte viele Jahre ohne formelle Struktur. Jetzt wird die CIPRA-Vertretung ein offizieller eingetragener Verein. Vorsitzender wird kein Geringerer sein als der ehemalige Vorsitzende des Ständigen Ausschusses der Alpenkonferenz, Prof. Milan Naprudnik.

Red. – Lange Jahre wurde CIPRA-Slowenien von Janez Bizjak angeführt. Wegen seiner Arbeit als Direktor des Triglav-Nationalparks konnte Bizjak nicht so viel Zeit für CIPRA-Slowenien aufwenden, wie er sich dies gewünscht hätte. Deshalb suchte er seit einiger Zeit eine Lösung, um ins zweite Glied treten zu können.

Berühmter Vorsitzender

Diese Lösung wurde nun gefunden. Prof. Milan Naprudnik ist bereit, den Vorsitz der slowenischen CIPRA-Vertretung zu übernehmen. Naprudnik war von 1994 bis 1998 Vorsitzender des Ständigen Ausschusses der Alpenkonferenz und dadurch alpenweit als «Mister Alpenkonvention» bekannt. In dieser Zeit hat er immer versucht, die kritische Haltung der CIPRA in den Prozess der Alpenkonvention zu inte-

Janez Bizjak,
Milan Naprudnik,
Andreas Weissen,
Andreas Götz (v.r.n.l.)

grieren. Nachdem Slowenien den Alpenkonventions-Vorsitz an die Schweiz übergab, konnte Naprudnik in den Ruhestand treten.

Büroräumlichkeiten und Geschäftsführerin

Als Vorsitzender von CIPRA-Slowenien wird sich Naprudnik nicht langweilen. Der neue Vorstand hat sich hohe Ziele gesetzt. Man will mit der Umsetzung der Alpenkonvention in Slowenien nach den Vorgaben des CIPRA-Aktionsplans Ernst machen. Ausserdem will der Vorstand CIPRA-International bei der Durchführung ihrer Projekte unterstützen. Als Einstieg präsentiert CIPRA-Slowenien auf dieser Seite ein Fallbeispiel für das CIPRA-Weissbuch.

Die CIPRA war lange Jahre bei der Triglav-Nationalparkverwaltung in Bled untergebracht und durfte danach im letzten Jahr beim Regional Environment Center in Ljubljana zu Gast sein. Per 1. Juli 1999 bezog sie nun eigene Räumlichkeiten in Ljubljana, wo Frau Maja Kožar als Geschäftsführerin arbeitet und dem Vorstand auch ein Sitzungszimmer zur Verfügung steht.

Der Vorstand von CIPRA-International dankt dem langjährigen CIPRA-Slowenien-Präsidenten Janez Bizjak herzlich für seinen Einsatz für die CIPRA. Dem neuen Präsidenten und dem Vorstand, welchem Bizjak weiterhin angehören wird, wünscht er viel Erfolg.

CIPRA-Slowenien, Večna pot 2, 1000 Ljubljana
Slovenija, Tel. 00386-61-123 13 43 (int. 209)
e-mail: cipra@gozdis.si

Pocar: Erhaltung des slowenischen Kulturerbes



Das sorgfältig restaurierte Bauernhaus

Das 1775 erbaute Bauernhaus – die älteste Bauurkunde trägt gar die Jahreszahl 1609 – stellt ein echtes Kleinod der Volksarchitektur dar. Pocar genannt und in einem der schönsten Alpentäler Zgornja Radovna gelegen, ist dieses Gehöft nicht nur wegen seines Alters wichtig, die Originalität der Bauweise sowie die Innenausstattung fallen dabei ebenfalls ins Gewicht.

Die Restaurierung konnte die Gemeinde Kranjska Gora, ein Mitglied des «Gemeindenetzwerk Allianz in den Alpen», mit Unterstützung aus dem PHARE-Programm und des Nationalparks Triglav realisieren.

Wegen seiner reichen Ausstattung ist das Haus noch besonders wichtig. Unter einer Fülle von Kleinartikeln gibt es viele, die jedem Museum große Freude bereiten würden. Das gesamte Möbelsystem basierte auf Truhen: Jeder besass eine eigene Truhe, und was sich in solch einem Möbelstück alles versteckte, bedeutete für ihn Reichtum, Schatz und Intimsphäre.

Der Triglav-Nationalpark eröffnete am 7. August dieses Jahres im Haus auch ein weiteres Informationszentrum für die ParkbesucherInnen.

CIPRA-Slowenien

Slowenien: Sonnenseite der Alpen

Slowenien zählt mit 20.000 km² und 2 Millionen EinwohnerInnen zu den kleinsten europäischen Ländern. Umfragen in der EU belegen, dass Slowenien unter den Europäern wenig bekannt ist.

Dies hat auch Vorteile. Langfristig müsste sich Slowenien, das über keine nennenswerten natürlichen Ressourcen verfügt, viel mehr auch seine Lage sowie geographische und biologische Vielfalt zu nutzen machen. Die Möglichkeiten des jungen Staates verstecken sich gerade in Qualitätsprodukten.

Der Unabhängigkeitserklärung im Jahre 1991 folgte der zehntägige Krieg, den Slowenien ohne schwerwiegendere Folgen überstand. Der europaaorientierten Wirtschaft fiel die Trennung von den jugoslawischen Märkten leichter als anderen Republiken. Die Umstellung brachte vor allem die arbeitsintensive und technologisch veraltete Basisindustrie in die Krise. Alle Versuche, sie künstlich am Leben zu erhalten oder sie umzustrukturieren schlugen fehl. Darin ist auch der Grund für eine hohe Arbeitslosigkeit (14 %) zu sehen, obwohl dadurch die Umwelt verschont blieb. Obwohl die slowenische Landschaft für ihre Unberührtheit bekannt ist, werden die ehemaligen Industriegebiete noch lange als schwarze Flecken sichtbar sein. Das Umweltbewusstsein der Slowenen kann heute als hoch eingestuft werden. Die flachen Gebiete sind jedoch zur Zeit durch den Intensivanbau grössten Umweltbelastungen ausgesetzt, was vor allem eine langfristige Bedrohung für die Wasserversorgung darstellt.

Der Euroskeptizismus ist vor allem unter den Landwirten am stärksten verbreitet. Slowenische Bauern sind nicht in der Lage, mit den europäischen oder sogar globalen landwirtschaftlichen Anbietern zu konkurrieren. Je früher sich der Staat und die Bauern dessen bewusst werden, um so geringer wird der Preis sein, den sie selbst und die Umwelt dafür zahlen müssen. Leider zieht der slowenische Staat die Quantität noch immer der Qualität vor. Es wäre billiger, am Weltmarkt Qualitätsprodukte einzukaufen, dadurch könnten sich die slowenischen Bauern statt dem Intensivanbau unterstützt durch Chemie dem Bioanbau in «Kleinmengen» widmen. Der Bioanbau befindet sich noch in den Kinderschuhen – sogar die Qualitätskontrolle wird von einer österreichischen Institution durchgeführt – jedoch steigen Produktion und Nachfrage, wie auch die Beliebtheit und die Qualität des Tourismus auf dem Lande. Dies alles sichert den Bauern eine zuverlässige Einnahmequelle.

Der Tourismus, der sich zu einer wichtigen Branche entwickeln könnte, setzt vor allem auf die Natur. Klein, aber fein ist Slowenien, am Schnittpunkt der Alpen, des Panonischen Beckens und der Adria, wo sich die unterschiedlichsten natürlichen und kulturellen Gegebenheiten verflochten. Das grüne Slowenien ist einer der zwei walddichtesten Staaten Europas, seine Flora und Fauna sind die drittreichsten auf dem alten Kontinent. Die Küste ist nur 46 Kilometer lang, viele Seen und Flüsse locken Sportler an, in den zahlreichen Thermalbädern wird den Gästen jeder Wunsch erfüllt, im Winter wie auch im Sommer bietet der Bergtourismus auch dem anspruchsvollsten Gast viel. Slowenien ist auch aufgrund seiner Grotten und Kulturdenkmäler wie auch als Weinland bekannt und kann sich seiner originalen kulinarischen Spezialitäten rühmen.

Acht Jahre nach dem Zerfall Jugoslawiens ist es Slowenien als dem einzigen Nachfolgestaat gelungen, dem «vereinten Europa» näher zu kommen. Wirtschaftlich gesehen zählt Slowenien zu den mitteleuropäischen Ländern, die am besten für den Beitritt vorbereitet sind. Mit 10 000 Dollar BNP pro Kopf reiht es sich unter die schlechter entwickelten EU-Länder, innenpolitisch gehört es zu den stabilen Demokratien und befindet sich in keinem internationalen Konflikt. Auch viele der offiziellen Berichte und positiven Benotungen durch europäische Institutionen belegen, dass Slowenien für die Vollmitgliedschaft in der EU bereit ist. Jedoch müsste die Anpassung an die EU-Gesetzgebung noch schneller ablaufen und die wenigen Änderungen vorgenommen werden. Der für 2003 vorgesehene EU-Beitritt bedeutet für Slowenien einen wichtigen Schritt nach vorne. Diese Meinung teilen auch viele Slowenen, die einem EU-Beitritt nicht abgeneigt sind. Sie lehnen aber jegliche politische oder territoriale Verbindung mit den Balkan-Staaten entschlossen ab.

Darinko Kores Jacks
Večer, Maribor



Slowenien:
Verflechtung unterschiedlichster natürlicher und kultureller Gegebenheiten.

Olympische Winterspiele

Neue Spielregeln gefragt!

Im Jahr 2006 werden die Olympischen Winterspiele in Turin ausgetragen. Mit diesem Entscheid hat das IOC signalisiert, dass Winterolympiaden eine Angelegenheit für grosse Zentren und Agglomerationen sind. Randregionen wie dem Wallis oder «Senza confini» (Klagenfurt) haben die IOC-Delegierten ihr Vertrauen versagt.



© Ges. für ökologische Forschung, München

Randregionen sind für olympische Winterspiele ungeeignet

Red. – Die Organisation von «Turin 2006» und das Bereitstellen der erforderlichen Infrastruktur werden der Stadt noch einiges Kopfzerbrechen bereiten. Den NGOs dieser Region wird es obliegen, bestmöglich zur Schadensbegrenzung beizutragen, sowohl wirtschaftlich wie auch ökologisch.

Die CIPRA hat 1998 in einer Broschüre den Gigantismus heutiger olympischer Winterspiele aufgezeigt. Nach Ansicht einer ad-hoc-Expertengruppe ist es heute in den Alpen nicht mehr möglich, olympische Winterspiele in ihrer heutigen Form in Einklang mit einer nachhaltigen Entwicklung einer Region durchzuführen. Angesichts des Stellenwertes, den unsere Gesellschaft solchen Anlässen beimisst, steht ein Verzicht auf die Durchführung allerdings nicht zur Diskussion. Deshalb gibt es nur zwei Möglichkeiten: Abspecken oder umstrukturieren.

Small is beautiful

Um Enttäuschungen wegen finanziellen Rückschlägen zu vermeiden, müssen die Winterspiele auf ein verträgliches Mass reduziert werden. Die Infrastruktur für gewisse Disziplinen stellen für die betroffene Region eine grosse wirtschaftliche Belastung dar, und ihre rentable Nutzung nach dem Anlass ist häufig ausgeschlossen. Deshalb wird es nötig sein, die olympischen Disziplinen zu analysieren und einige aus der Liste zu streichen. Im Visier stehen «verschwenderrische» Disziplinen mit nutzlosen und kostspieligen Infrastrukturen, welche von einer lächerlich kleinen Anzahl von SportlerInnen ausgeübt werden, wie zum Beispiel der Bobsport. Die Mitglieder des IOC sind gefordert, die Weichen für eine verantwortungsvollere Austragung der Spiele zu stellen.

Zurück zum olympischen System

Im antiken Griechenland richtete einzig die Olympische Stadt die Spiele aus. Heute wäre es angebracht, auf dieses System zurückzugreifen. Dadurch würde die Infrastruktur mehrmals verwendet und müsste nicht alle vier Jahre an einem anderen Ort errichtet werden. Um die Vorteile der Zusammenarbeit mit den Medien zu nutzen, wäre es möglich, einer Region Werbeaufträge zu verkaufen. Die Bedeutung des Fernsehens ist heute immens. Die Eintritte

zu den Anlässen machen nur mehr 5% der Einnahmen aus, während die Übertragungsrechte etwa 40% der Gesamteinnahmen einbringen. Die Region, die diese Werbeaufträge kaufen würde, könnte sich der Welt präsentieren. Dabei müsste sie sich nicht lumpen lassen, da sie ja davon befreit ist, für die Winterspiele unnütze und kostspielige Infrastrukturen aufzubauen.

Dezentrale Winterspiele an wenigen Orten

Dank dem Fernsehen wäre es auch möglich, ein dezentrales System einzuführen. Es ist nicht so wichtig, wo der Anlass stattfindet, solange das Spektakel stimmt. Man könnte die verschiedenen Disziplinen oder Gruppen von Disziplinen auf verschiedene Regionen der Welt verteilen und würde damit gleich zwei Probleme lösen: Erstens müsste die ausgewählte Region nicht einen solch riesigen Infrastrukturpark aufbauen, der nach den Spielen nicht mehr benützt würde, weil man Regionen bevorzugen könnte, die schon für die entsprechenden Disziplinen ausgerüstet wären. Zweitens könnte man zeitliche Kollisionen zwischen den verschiedenen Disziplinen vermeiden, weil durch die Verteilung auf den Erdball 24 Stunden statt nur 10 oder 12 zur Verfügung stünden. So könnte man den Stundenplan nach dem Fernsehpublikum ausrichten, das für die betreffende Sportart besonders empfänglich ist. Das IOC ist sicherlich bereit, diese Vorteile anzuerkennen und den überholten Mythos des Zusammentreffens der einen grossen olympischen Familie an einem einzigen Ort über Bord zu werfen. Einen solchen Schritt hat es bereits mit der Zulassung von Profis zum grössten Sportanlass vollzogen.

Diese drei Modelle würden die finanziellen Enttäuschungen, welche olympische Winterspiele regelmässig begleiten, vermeiden. Der Respekt vor der Umwelt ist ein wichtiger Aspekt in dieser Problematik. Der Geldbeutel der SteuerzahlerInnen auch.

Der Sion-2006-Kater ist noch nicht verflogen, und schon treten in der Schweiz neue Olympia-Phantasien auf: Die Vorstandsmitglieder des Tourismusverbandes «Ferien Graubünden» prügeln sich via Medien über die Frage, ob und wie eine Kandidatur Graubünden 2010 oder 2014 einzufädeln sei. Gleichzeitig meldet Kitzbühel / Tirol österreichische Olympiawünsche für 2010 an.

Auf den Hund gekommen

Flugblätter in Gasthäusern, Schilder an Wegweisern: WandererInnen werden in den französischen Südalpen auf die Begegnung mit grossen, weissen Herdenschutzhunden eingestimmt. Die mächtigen «patous des pyrénées» sind nach fast hundert Jahren in die Alpen zurückgekehrt.

Als 1992 Wölfe aus dem ligurischen Apennin die italienischen und französischen Seealpen wieder besiedelten und zahlreiche Schafe rissen, sahen sich die Züchter gezwungen, vergessene Schutzmassnahmen wieder aufzunehmen. Immer mehr Herden werden seitdem von den «patous» bewacht.

Im Unterschied zu den kleinen Hirtenhunden, die die Herde zusammen treiben und halten, schützt der «patou» die Schafe gegen jegliche Eindringlinge. Er schafft im Umkreis der weidenden Schafe eine Schutzzone. Überschreitet ein Wanderer diese unsichtbare Grenze, riskiert er angebellt zu werden. Prospekte und Hinweistafeln mahnen für solche Fälle: «Ruhe bewahren!» Falsches Verhalten löst Aggressionen aus; wer «cool» bleibt, wird beschnuppert, als Mensch identifiziert und hat nichts zu befürchten.

Die Wiedereinführung der «patous des pyrénées» in den französischen Alpen wird seit 1997 vom EU-Projekt «Life» unterstützt. Neben dem Kauf von Schutzhunden werden auch die Errichtung von Unter-

ständen, das Aufstellen von Schutznetzen und die Rekrutierung von Hirten unterstützt. Im Schadensfall werden Entschädigungszahlungen geleistet.

Wolf-Projekt Schweiz

Im Sommer 1999 ist im Wallis zum dritten Mal seit 1995 ein Wolf aufgetaucht. Die genetische Analyse des Kots hat ergeben, dass das Tier von der italienischen Population stammt, die sich über Frankreich und Italien nach Norden ausbreitet. Das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) hat anfangs 1999 zusammen mit den betroffenen Kantonen das Wolf-Projekt Schweiz lanciert. Dieses beruht auf drei Pfeilern:

- Unterstützung der Kleintierhalter bei der Schadensprävention,
- Entschädigung im Schadensfall und
- Abschlussbewilligung im Fall von untolerierbaren Schäden.

Bereits wurden im Wallis elf Hunde und auch fünf Esel zum Schutz von Schafherden platziert. Neben den «patous» kommen auch Bernhardiner, die in der Region eine lange Tradition haben, zum Einsatz. Die Erfahrungen der ersten Monate auf den umzäunten Wiesen sind positiv und hoffnungsvoll.

Andreas Weissen

Präsident CIPRA-International



Auch Bernhardiner sind geeignete Schutzhunde

Europaparlament und Alpen

Der Amsterdamer Vertrag macht das Europäische Parlament (EP) zu einem Hauptpfeiler der EU: Nun entscheidet das Parlament bei drei Viertel der Gesetzgebung mit, u.a. fast bei allen Vorlagen im Umweltbereich. Von Scheindemokratie und Debattierklub kann keine Rede mehr sein, dies zeigte bereits das Ende der Kommission Santer.

Bei der Wahl vom 13. Juni wechselte die Mehrheit im 626 Mitglieder (MEPs) umfassenden EP von der sozialdemokratischen SPE zur konservativen EVP – nun steht es 180:224 nach 214:201. Weitere gewichtige Fraktionen: Liberaldemokraten, 43 (nach 42) MEPs, Grüne, 38 (27), Links-Grüne, 35 (34). Im EP gibt es jedoch keine fixen Koalitionen, sondern sach- und fallbezogene Übereinkünfte – so hat die Fraktionszuordnung geringeres Gewicht. Neu: Die Frauenquote (+9%), viele Gesichter (gut 50% der Abgeordneten der Alpenstaaten sind neu) und die inhaltliche Arbeitsorganisation – die Knochenarbeit wird in 17 statt bisher 20 Ausschüssen geleistet. Für die Alpen zentrale Ausschüsse (Verkehr und Fremdenverkehr,

Regionalpolitik) wurden zusammengelegt, hier sitzen einander Bergfex Reinhold Messner (Grüne) und Rallye-Weltmeister Ari Vatanen (EVP) gegenüber. Für Alpenanliegen ist u.a. Reinhard Rack aus Graz (EVP) anzusprechen. Auch im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sind die Alpen unter den Hauptmitgliedern schwach vertreten. Michl Ebner (EVP) macht mit Reinhold Messner Südtirol zur bestverretenen Alpenregion. Aus Deutschland sind drei CSU/EVP- und ein Grün-Abgeordneter zumindest geographisch den Alpen zuzuordnen.

Das alpine Kernthema erneuerbare Energien bearbeitet der parteilose Spezialist Hans Kronberger. Mit ihm im Unterausschuss: Ex-Umweltministerin und Alpenkonventions-Geburtsheiferin Marilies Flemming (EVP). Nicht unwichtig für das beitragswillige Slowenien: Ursula Stenzel ist Leiterin der Arbeitsgruppe Erweiterung in der EVP. Mit Herbert Bösch (PSE) schliesslich ist ein Vertreter des Alpenraums (Vorarlberg) an vorderster Front beim wichtigen Kontrollauftrag des EP tätig.

Reinhard Gschöpf / Birgit Reiner

CIPRA-Österreich Jahresfachtagung 1999

«EU und die Alpen – Die Auswirkungen der AGENDA 2000 auf den Alpenraum»

Die AGENDA 2000 ist das bis 2006 gültige Finanzkonzept der EU. Mit den Beschlüssen des Europäischen Rates am 24. und 25. März 1999 sind die Verhandlungen um das Verordnungspaket AGENDA 2000 abgeschlossen. Mit dem Vorhandenen gilt es nun auszukommen und zu arbeiten.

Die Veranstaltung der CIPRA-Österreich bot einer zahlreichen ZuhörerInnenschaft einen interessanten Überblick zur Realität von Alpenpolitik in Europa anno 1999. Die Schwerpunkte Berglandwirtschaft, Alpine Forstwirtschaft sowie Strukturfonds und Regionalentwicklung liessen einen Einblick in drei im Alpenraum stark betroffene Entwicklungsbereiche zu. Dazu drängte sich wiederum die Frage auf, ob die Einstufung der Alpen als ökologisch sensibles Gebiet als Chance oder Gefahr in der EU zu sehen ist.

Im wesentlichen galt es herauszufinden, ob die Probleme, Fragen, Erwartungen und Chancen des Alpenraums mit dem bis 2006 gültigen Rechts- und

Finanzrahmen der EU zu bewältigen sind, oder ob die Fragestellungen angepasst werden müssen, um dasselbe Ziel zu erreichen. Mit der im Jahr 1991 von der EU und Österreich gleichermaßen unterzeichneten Alpenkonvention gibt es bereits ein Übereinkommen zum Schutz der Alpen. Aber haben die Vorgaben der Alpenkonvention überhaupt Berücksichtigung gefunden?

Die Antworten der Referenten und Diskutanten auf Fragen zum Instrumentarium AGENDA 2000 als Schutzschild der Alpen liessen ein sehr heterogenes Bild entstehen. CIPRA-Österreich wird die Ergebnisse der Tagung im Herbst 1999 als Tagungsband veröffentlichen. Er wird bei CIPRA Österreich, Alser Strasse 21/5, 1080 Wien, cipra@oegnu.or.at erhältlich sein.

Bettina Scheiderbauer
CIPRA-Österreich

Europaweite LSVA gefordert

Mit voller Kraft für mehr Kostenwahrheit in den Alpen

Umweltorganisationen in den Alpen setzen sich seit Jahren für gerechtere Abgaben für den Schwerverkehr ein. Die Schweiz ist diesem Ziel mit der Annahme der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) letzten September einen bedeutenden Schritt näher gekommen. Jetzt gilt es, diesen für die Alpen bedeutenden Schritt europaweit zu verankern.

Eine leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) schafft eine der bedeutendsten Grundvoraussetzungen für die Vermeidung unnötiger Transportfahrten und die Verlagerung des Schwerverkehrs auf die Schiene. Sie ist deshalb gerade für die besonders unter dem Verkehr leidenden Alpen von zentraler Bedeutung. Auch die EU-Kommission erkennt und unterstützt in ihrem Weissbuch vom Juni 1998 die Einführung von verursachergerechten Schwerverkehrsabgaben, die auch externe Kosten erfassen. Die Umsetzung des ehrgeizigen Fahrplanes des Weissbuches geht allerdings nur schleppend voran.

Für eine rasche Umsetzung des Weissbuches braucht es vor allem eines: politischen Druck. Die Schweizer Alpen-Initiative hat deshalb gemeinsam mit dem Verkehrsclub Deutschland (VCD) eine Petition für eine europaweite LSVA gestartet, die auch von CIPRA-International unterstützt wird. Die Petition wird Anfang Oktober dem EU-Parlament und den EU-VerkehrsministerInnen übergeben und wurde bereits von zahlreichen Umweltorganisationen, Gewerkschaften und auch Bahngesellschaften aus ganz Europa unterzeichnet. Gemeinsam mit diesen PartnerInnen wird ein internationaler Verband von Umweltorganisationen ab Herbst sowohl in Brüssel als auch in einzelnen EU-Mitgliedsstaaten Druck für eine vernünftige LSVA machen.

Renate Zauner
Alpen-Initiative

Belluno 1999

Alpenstadt des Jahres

Belluno, die Hauptstadt der gleichnamigen Provinz im Veneto trägt im laufenden Jahr den Titel «Alpenstadt des Jahres». Die Auszeichnung, die von einer internationalen Jury verliehen wird, ist Ehre und Verpflichtung zugleich.

Die Stadt mit ihren 36 000 EinwohnerInnen und den 146,6 Quadratkilometern gilt als eine der schönsten Städte Italiens mit einer hohen Lebensqualität. Das historische Zentrum der Stadt mit einer grosszügigen venezianischen Piazza liegt auf einem Hochplateau in Sichtweite zu den Dolomiten.

Die Stadtverwaltung von Belluno mit dem Bürgermeister Maurizio Fistarol hat allen Ehrgeiz daran gesetzt, für das Jahr 1999 ein attraktives Programm zusammenzustellen. Der Reigen der über fünfzig Veranstaltungen umfasst kulturelle, wissenschaftliche, sportliche und naturschützerische Anlässe.

Rete Montagna

So wurde auf Initiative der Fondazione Giovanni Angelini am 27. März 1999 die «Rete Montagna» gegründet, ein Netzwerk von Forschungszentren, die sich mit dem Gebirge befassen. Neben der Erstellung eines gemeinsamen Bibliothekskataloges, der Herausgabe eines Bulletins und der Sammlung alter nicht veröffentlichter Dokumente soll alle zwei Jahre ein internationaler Aufruf zu einem spezifischen Forschungsgegenstand erfolgen.

Im Mai trafen sich Fachleute aus der ganzen Provinz Belluno zu einer Tagung zum Thema «Ökosystem Fluss in einer Alpenstadt». Dabei wurde unter anderem auch das Projekt des Parkes des Piave-Flusses präsentiert.

Maribor 2000

Anlässlich des Stadtfestes San Martino vom 12. bis 14. November wird der Titel «Alpenstadt des Jahres» für 2000 an die ehemalige slowenische Industriestadt Maribor weiter gereicht. An diesem Wochenende sind auch Workshops zu den Schwerpunktthemen Energie und Wasser geplant, an denen Fachleute aus den Städten Belluno, Villach und Maribor Möglichkeiten künftiger Kooperationen ausloten.

Andreas Weissen
Präsident CIPRA-International

Und die Westalpen?

Alle bisherigen Alpenstädte liegen in den Ostalpen, da sich bisher kaum Städte aus den Westalpen um den Titel beworben haben. Die internationale Jury möchte diese einseitige geographische Verteilung möglichst bald korrigieren und hofft auf Kandidaturen aus den französischen Alpen und aus dem Piemont. Unterlagen sind bei der Kontaktstelle in Villach erhältlich.

Alpenstadt des Jahres

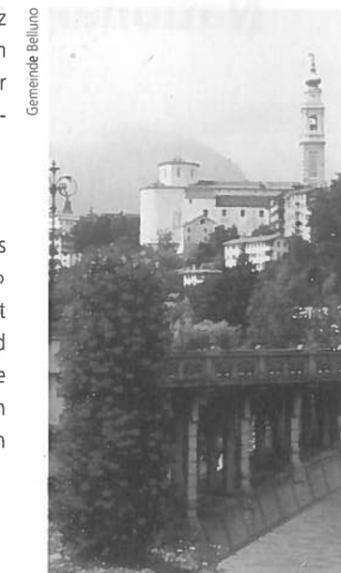
Alljährlich vergibt eine internationale Jury aus Vertretern der CIPRA, der «Arbeitsgemeinschaft der Alpenstädte» und der Pro Vita Alpina den Titel «Alpenstadt des Jahres». Alle Städte, die im Alpenbogen liegen, haben die Möglichkeit, sich um den Titel zu bewerben. Nach Villach 1997/98 erhielt Belluno 1999 den Titel zugesprochen. Die Alpenstadt des Jahres 2000 heisst Maribor.

Die Alpenstadt des Jahres verpflichtet sich im Verlaufe des Jahres in besonderem Masse:

- Die Situation und Funktion der Stadt im Alpenraum kritisch zu reflektieren
- Die aktive Beteiligung der Bevölkerung zu gewährleisten
- Die Beziehungen zur umliegenden Région aufzuwerten
- Konkrete Beispiele nachhaltiger Entwicklung (vgl. Alpenkonvention) zu realisieren
- Mit anderen Städten im und ausserhalb des Alpenraums zusammenzuarbeiten.

Kontaktadresse: Verein Alpenstadt des Jahres, Lederergasse 20, A-9500 Villach
Telefon und Fax: 0043/4242 21 93 95, E-Mail: a.kuebler@magnet.at

Literaturhinweis: Manfred Perlik und Anton Kübler (Hrsg.): Das Städtische und die Alpenkonvention, Dokumentation der Ergebnisse des Pilotprojektes «Alpenstadt des Jahres Villach ,97»



Belluno:
Alpenstadt 1999

Fallbeispiel Weissbuch

Erweiterungspläne für den Schweizer Nationalpark

Die Fläche des Schweizer Nationalparks soll vergrössert werden



Schweizer Nationalpark

Red. – Der Schweizer Nationalpark im Engadin ist seit 1914 in verschiedenen Etappen bis zu seiner heutigen Fläche von 169 km² gewachsen. Seit 1961 sind keine weiteren Gebiete mehr hinzugekommen. Der ehemals einzige mitteleuropäische Nationalpark ist inzwischen der zweitkleinste der vierzehn Nationalparks in den Alpen. Nach heutiger Erkenntnis und entgegen der damaligen Auffassung der Parkgründer ist die vorhandene Fläche zu gering, um sämtlichen einheimischen Pflanzen- und Tierarten geeignete Standorte innerhalb der Nationalparkgrenze anzubieten. Seit 1996 wird eine Erweiterung rege diskutiert.

Geplant ist neben der Erweiterung der heutigen Kernzone vor allem die Errichtung einer Umgebungszone. Diese umgibt die Kernzone mit einem Schutzgürtel und hat die Erhaltung von Lebensräumen und einheimischen Arten zum Ziel. Im Gegensatz zur Kernzone sollen dort naturverträgliche Aktivitäten des Menschen integriert werden.

Die verschiedenen Interessengruppen wurden frühzeitig in die Verhandlungen einbezogen, um eine tragfähige und auf Langfristigkeit bedachte Erweiterung erreichen zu können. Trotzdem sind in jüngster Vergangenheit Gegner des Projektes in Erscheinung getreten.

Im Artikel 11 des Protokolls «Naturschutz und Landschaftspflege» der Alpenkonvention verpflichten sich die Vertragsparteien dazu, «bestehende Schutzgebiete im Sinne ihres Schutzzweckes zu erhalten, zu pflegen und, wo erforderlich, zu erweitern sowie nach Möglichkeit neue Schutzgebiete auszuweisen. Sie treffen alle geeigneten Maßnahmen, um Beeinträchtigungen oder Zerstörungen dieser Schutzgebiete zu vermeiden.» (Absatz 1)

Fallbeispiel Schwarze Liste

Tirol: Illegal errichteten Golfplatz «Schwemm» nachträglich bewilligen?

Der Golfplatz «Schwemm» ist seit 1997 ohne Genehmigung in Betrieb



WWF Tirol/Hermann Sonntag

Red. – Das Feuchtgebiet Schwemm bei Walchsee (Österreich/Tirol) stellt eines der bedeutendsten Moore im gesamten Alpenraum dar. Europaweit bedrohte Tier- und Pflanzenarten können hier ein letztes Rückzugsgebiet finden. Doch am Rande dieses Feuchtgebietes wird seit 1997 ein illegal errichteter Golfplatz betrieben, der diesen bedeutenden Lebensraum sukzessive aber sicher zerstören wird.

Protest gegen den umstrittenen Golfplatz kam zuletzt immer wieder vom WWF. Die Umweltschutzorganisation kritisierte die Tiroler Landesregierung, weil das bedeutendste Vogelgebiet um Kaisergerbirge, Schwemm und Walchsee nicht als Europa-Schutzgebiet (Natura 2000) genannt wurde, obwohl es mit seiner Kombination aus Gebirgslandschaft, intakten Wäldern und Feuchtgebieten zu den drei wichtigsten Vogelgebieten Österreichs zählt. Der WWF Österreich hat deshalb eine Beschwerde vor der EU-Kommission eingebracht.

Unabhängig davon betrachtet man in Tirol das Tauziehen rund um den Golfplatz als beendet. Kürzlich einigten sich nämlich die Naturschutz-Landesrätin

Christa Gangl (SPÖ) und der Bürgermeister von Walchsee Andreas Mayr auf folgende Lösung: Gangl versicherte, gegen den schon bestehenden Golfplatz keinen Einspruch zu erheben und Mayr gab die Zusicherung der Gemeinde, in der Schwemm aktiven Naturschutz zu betreiben. Das Hochmoor «Schwemm», von Mayr als «Naturjuwel in der Region Kaiserwinkel» bezeichnet, soll jetzt auch formell unter Naturschutz gestellt werden.

Artikel 9 des Protokolls «Tourismus» der Alpenkonvention hält fest: «Die Vertragsparteien achten darauf, daß die touristische Entwicklung auf die umweltspezifischen Besonderheiten sowie die verfügbaren Ressourcen eines Ortes oder einer Region abgestimmt wird.»

In Artikel 13 des Protokolls «Naturschutz und Landschaftspflege» verpflichten sich die Vertragsparteien dazu «für natürliche und naturnahe Biotoptypen die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um deren dauerhafte Erhaltung in ausreichendem Umfang und funktionsgerechter räumlicher Verteilung zu gewährleisten.» (Absatz 1)

Geschichte der Alpen 1500–1900

Red. – Jon Mathieu analysiert die Geschichte der Alpen vom 16. bis 19. Jahrhundert, ausgehend von den geographischen Grenzen der Alpenkonvention, unter zwei Aspekten: einem wirtschaftlichen und einem politisch-sozialen. Im ersten Teil des Buches weist er am Beispiel von Tierhaltung und Pflanzenbau nach, dass der grössere Bevölkerungsdruck zur Intensivierung im Agrarprozess und zur Urbanisierung in den Alpen führte. Im zweiten Abschnitt legt er das Hauptaugenmerk auf die politischen Faktoren. Einflüsse der grossbäuerlich-feudalen Agrarverfassung im Gegensatz zur kleinbäuerlich-kommunalen hatten markante Unterschiede in der Entwicklung des Alpenraumes zur Folge.

Der Schule von Braudel verpflichtet, formuliert Mathieu Entwicklungsfragen der Alpen neu und geht theoretischen Fragestellungen nach. Gängige Alpenmythen werden hinterfragt und historische Wahrheiten präzisiert. So wird z. B. überzeugend nachgewiesen, dass die der Alpwirtschaft oft zugeschriebene optimale Anpassung an die Natur genauer betrachtet ein Produkt der Intensivierung der Landwirtschaft ist.

Jon Mathieu, *Geschichte der Alpen 1500–1900. Umwelt, Entwicklung, Gesellschaft*. Böhlau Verlag Wien 1998. 253 Seiten. ISBN 3-205-98928-7



Die Umwelt in der Europäischen Union an der Wende zum 21. Jahrhundert

Die Europäische Umweltagentur hat im Juni ihren Bericht «Die Umwelt in der Europäischen Union an der Wende zum 21. Jahrhundert» vorgelegt. Dieser beschreibt den aktuellen Zustand der Umweltqualität und gibt zudem eine Einschätzung der Entwicklung bis 2010.

Red. – Der Bericht kommt zum Schluss, dass sich die Umweltqualität in der EU trotz 25 Jahren Umweltpolitik der Europäischen Gemeinschaft nicht entscheidend gebessert hat. Die Hauptresultate des Berichtes sind folgende:

- Seit 1990 zeigt sich eine deutliche Abkoppelung der Freisetzung luftverschmutzender Emissionen von der Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes. Die Steigerung der Ökoeffizienz des Energiewesens und der Industrie wird durch die Erhöhung von Produktion und Konsum wieder ausgeglichen.
- Trotz der Steigerung der Energieeffizienz wird der EU-Energieverbrauch von 1995 bis 2010 um 15% zunehmen, weil sich der PKW-Verkehr um 30%, der Frachtverkehr um 50% und auch die Zahl der Haushalte erhöhen werden. Die Ziele der EU, die Treibhausgase – laut EU-Verpflichtung des Kyoto-

kolls – gegenüber 1990 von 2008–2012 um 8% zu reduzieren, sowie einen Anteil von 12% erneuerbarer Energie am Energiemix bis 2010 zu erzielen, sind ohne zusätzliche Anstrengungen nicht zu erreichen.

- Beim Tourismus wird von 1996 bis 2010 eine Zunahme von 50% erwartet, mit entsprechenden Auswirkungen auf den Verkehr und den Energiebedarf.
- Der Landverbrauch für die Stadtentwicklung erreicht in manchen Ländern 120 ha am Tag.
- Ein anhaltender Druck geht von der Chemieproduktion aus. Zurückgegangen ist die Emission von Blei. Andere Schwermetallemissionen, insbesondere Cadmium und Kupfer, steigen.
- Instrumente wie Umweltaudit, Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfungen finden zunehmend Eingang in die Entscheidungsfindung der Unternehmen, wobei es grosse Unterschiede zwischen den EU-Ländern gibt: 75% der zertifizierten Unternehmen befinden sich in Deutschland.

Environment in the European Union at the turn of the century, European Environment Agency 1999, 446 Seiten, ISBN 92-9157-202-0



Der vollständige englische Text und Zusammenfassungen in allen Sprachen der EU sind im Internet zu finden: www.eea.eu.int/Document/3-yearly/eu98/index.html

CIPRA-Agenda

16.9. – 9.10. · Zürich

Ausstellung «Schöne neue Alpen – eine Ortsbesichtigung»

im Lichthof der Universität Zürich, Hauptgebäude – Gemeinderat Stadt Zürich und Landrat Kanton Uri laden zur öffentlichen Vernissage (16.09.99 um 17 Uhr) ein

Information:

Paul Knüsel, Zähringstr. 26, CH-8001 Zürich
Tel. 0041 1 262 88 16, Fax 0041 1 262 88 16
pknuesel@globacom.net

25.9. – 2.10. · Maria Luggau, Kärnten
Ausbildungswoche

Integrativer Tourismus und sanftes Reisen

Information:

IITF Institut für integrativen Tourismus und Freizeitforschung, A-1150 Wien, Fax: 0043 1 812 97 89

30.9. – 2.10. · Trento

Die Stadt im Gebirge · Das Gebirge in der Stadt

Das Kolloquium will ein Konzept des Berggebietes und besonders des Alpenraums vorstellen, das die verbindenden Aspekte in den Mittelpunkt stellt und das Bild einer Kultur bereichert, welches die Forschung zu lange als in sich geschlossen betrachtet hat, nur «durchquert», aber nicht transformiert von den für die Entwicklung der europäischen Gesellschaft bezeichnenden Ereignissen und Prozessen.

Information:

Università degli Studi di Trento,
Via Belenzani 12, I-38100 Trento
Elisabetta Nones, Tel.: 0039 0461 881 166
Chiara Perin, Tel.: 0039 0461 882 203,
Fax: 0039 0461 882 222, enones@amm.unitn.it
cperini@risc1.gelso.unitn.it

2.10.

Internationaler Aktionstag der Initiative Transport Europe, ITE

Betroffene BürgerInnen und Umweltorganisationen veranstalten im gesamten Alpenraum plakative Aktionen gegen den Transitverkehr

Information:

ITE Initiative Transport Europe c/o Alpen-Initiative, Postfach 29, CH-3900 Brig,
Tel.: 0041 27 924 22 26, Fax: 0041 27 924 43 05
alpite@rhone.ch
www.ite-euro.com/ITE <http://www.ite-euro.com/ITE>

13.10. – 15.10. · Nationalpark Hohe Tauern, Rauris
Workshop «Steinadler, Bartgeier, Gänsegeier»

Information:

Réseau Alpin des Espaces Protégés, Parc national des Ecrins – c/o LAMA, 17, rue Maurice
Gignoux, F-38031 Grenoble, Tel.: 0033 476 63 59 46,
Fax: 0033 476 63 58 77, Pguido@iga.ujf-grenoble.fr oder
ebranchaz@iga.ujf-grenoble.fr, <http://alparc.ujf-grenoble.fr>

13.10. – 16.10. · Luzern

Nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen

179. SANW Jahreshauptversammlung – diverse Veranstaltungen

Information:

SANW/ASSN Jahreshauptversammlung 99
c/o R.I.O. IMPULS – Forum für Ökonomie und Ökologie
Schwanenplatz 7, CH-6004 Luzern, Tel. 0041 41 410 20 03,
Fax 0041 41 410 16 88, rio@tic.ch
<http://www.sanw.unibe.ch/extern/jv99luzern>

20.10. – 22.10. · Interlaken

14. Sitzung des Ständigen Ausschusses der Alpenkonvention

Information: BUWAL / OFEFP, Abt. Nachhaltige Entwicklung
Arthur Mohr, CH-3003 Bern, Tel.: 0041 31 322 93 29
Fax: 0041 31 323 06 67, arthur.mohr@buwal.admin.ch

27.10. · Davos-Dorf

Symposium «Die Erweiterung des Nationalparks – Chancen für die Zukunft»

Das Symposium beleuchtet die Parkerweiterung aus diesen Blickwinkeln:

– Welchen Beitrag kann der erweiterte Nationalpark zum Naturschutz und zur Sicherung von Lebensräumen für wildlebende Pflanzen und Tiere leisten?

– Welche spezifische Entwicklungschancen ergeben sich für die umgebenden Regionen (Tourismus, Bildung, Innovation)?

– Wie lässt sich der großflächige Schutz bestmöglich mit den in der Region vorhandenen kulturellen und landschaftlichen Ressourcen vereinbaren?

Information: Schweizerische Akademie der Naturwissenschaften (SANW), Tel.: 0041 31 381 97 77
Schweizerischer Nationalpark, Tel.: 0041 81 856 12 82,
Fax: 0041 81 856 17 40
Pro Natura, Basel, Tel.: 0041 61 317 91 91,
th.scheurer@bluewin.ch, mailbox@pronatura.ch

27.10. – 28.10. · Davos-Dorf

Nachhaltige Nutzungen im Gebirgsraum

An das schweizerische Berggebiet stellen wir Menschen heute enorm hohe Ansprüche: Die einen leben dort und wollen Lebensqualität, Arbeitsplätze, Zukunftsperspektiven. Die andern fahren dorthin und suchen Erholung, sportlichen Kick, Naturerlebnisse. Die dritten fahren hindurch und erwarten gut ausgebaute, sichere Verkehrswege. Wie lassen sich alle diese Ansprüche unter einen Hut bringen? Wie können gleichzeitig die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Bedürfnisse erfüllt werden? Jetzt und in der Zukunft?

Information: Eidg. Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL-FNP), CH-8903 Birmensdorf
Tel.: 0041 1 739 22 24, Fax: 0041 1 739 22 75
stotz@wsl.ch, www.wsl.ch

28.10. – 30.10. · Benediktbeuren

CIPRA Jahreshauptversammlung «Jung sein, alt werden in den Alpen»

Information: CIPRA-Deutschland, Waltherstrasse 29,
D-80337 München, Tel.: 0049 89 54 42 78 50,
Fax: 0049 89 54 42 78 99, <http://www.cipra.org>

28.10. – 31.10. · Freiburg

Urban Visions

Nachhaltige Stadtplanung und neue Formen der Bürgerbeteiligung am Beispiel Freiburgs «Model District Vauban»
Sprache: Deutsch/Englisch (mit Übersetzung)

Information: Forum Vauban e.V., Merzhauser Str. 170/37,
D-79100 Freiburg, Tel. 0049 761 407 773,
Fax 0049 761 407 395; Laurenz Hermann
Laurenz.Hermann.fv@t-online.de
<http://www.forum-vauban.de>

8.10. – 9.10. · Brandberg

Symposium «Steile Wiesen – Schmale Wege»

«Allianz in den Alpen» – das kleine bergbäuerlich geprägte Tiroler Brandberg ist Netzwerkgemeinde. Im Rahmen des Leitbildprozesses wurde als ein wesentliches Ziel die Erhaltung und Förderung der alpinen Kulturlandschaft formuliert. Als objektive Bewertungsbasis für Massnahmen des Vertragsnaturschutzes wurde 1998/99 in Brandberg eine Kulturlandschaftskartierung durchgeführt. Zum Abschluss dieses Projekts findet ein Symposium mit der Zielsetzung, Wege und Lösungen zur Erhaltung und Weiterentwicklung extremer alpiner Kulturlandschaften zu diskutieren. Das detaillierte Tagungsprogramm ist beim Verein Ruhegebietsbetreuung Zillertaler Hauptkamm erhältlich. Konferenzsprache: deutsch, italienisch.

Information: Verein Ruhegebietsbetreuung Zillertaler Hauptkamm, Josef Ascher, A-6290 Mayrhofen 307,
Tel. u. Fax: 0043 5285 63 601
zillertal.hauptkamm@alpenverein.at

18.11. – 19.11. · Lugano

5. Nationale Tagung zur Alpenforschung: Verkehr und Mobilität – Bedrohung und Herausforderung für die Alpen im 21. Jahrhundert

Die Tagung verfolgt zwei Ziele:

– Den schweizerischen Forschungsstand zur Thematik des Verkehrs im Alpenraum aufzeichnen;

– Einen aktiven Diskussionsbeitrag zur Förderung einer gezielten Politik für die dauerhafte Entwicklung im Alpenraum zu leisten (bspw. Verkehrsprotokoll der Alpenkonvention, Handelsbeziehung zwischen Schweiz und EU, ...)

Information: ICAS, Bärenplatz 2, CH-3011 Bern,
Tel. 0041 31 318 70 18, Fax 0041 31 312 16 78
dussling@sanw.unibe.ch
www.alpinestudies.unibe.ch <http://www.alpinestudie>

30.7.99 – 31.10.00

Ausstellung «Schöne neue Alpen – eine Ortsbesichtigung» alle Termine

Die Ausstellung ist auf Wanderschaft quer durch den Alpenbogen. InteressentInnen, die die Ausstellung auch in ihre Gemeinde bringen möchten, können sich bei der Gesellschaft für ökologische Forschung informieren

16.9. – 9.10. · Zürich (CH), im Lichthof der Uni Zürich – Gemeinderat Stadt Zürich und Landrat Kanton Uri laden zur öffentlichen Vernissage (16.9. um 17 Uhr) ein
13.10.99 – 22.1.00 · Luzern (CH), im Gletschergarten
24.1.00 – 12.2.00 · Basel (CH), Universität
14.2.00 – 10.3.00 · Chur (CH), Gebäudevers. Kanton Graubünden
12.3.00 – 02.04.00 Leutkirch (D), Realschule
Information: Gesellschaft für ökologische Forschung e.V., Frohschammerstrasse 14, D-80807 München,
Tel.: 0049 89 359 85 86, Fax: 0049 89 359 66 22.

CIPRA-Jahreshauptversammlung, 28. – 30. Oktober 1999

Jung sein – alt werden im Alpenraum Zukunftsperspektiven und Generationendialog

Kloster Benediktbeuern, Lkrs. Bad Tölz – Wolfratshausen, Bayern

Welche Zukunftsaussichten bieten sich Jung und Alt im Alpenraum? Wie verbinden Jung und Alt die lokale Tradition mit dem (virtuellen) Global Village? Was machen die Jungen mit dem kulturlandschaftlichen Erbe der Alten? Diese Themen werden im Rahmen der CIPRA-Jahreshauptversammlung 1999 im Dialog mit BürgerInnen, Verbänden, Experten und KommunalpolitikerInnen aus dem gesamten Alpenraum zur Sprache kommen. Ziel der Tagung ist es, Perspektiven einer nachhaltigen Zukunftspolitik für die Alpen und für den Dialog zwischen den Generationen in den Alpen aufzuzeigen. Die Ergebnisse der Jahreshauptversammlung sollen die Grundlage für neue Impulse der Alpenkonvention liefern und als konkrete Vorschläge für die Erarbeitung eines Protokolls «Bevölkerung und Kultur» dienen.

Programm, Informationen und Anmeldungen bei (**Anmeldeschluss: 24. 9. 1999**):

CIPRA Deutschland e.V., Waltherstr. 29, D-80337 München
Tel.: 0049 89 5442 7850, Fax: 0049 89 5442 7899
oder im Internet unter <http://www.cipra.org>

Lech gerettet

Red. – Wie die zuständige Landesrätin Gangl im Juni bekanntgab, ist das umstrittene Kraftwerk am Streimbach im Tiroler Ausserfern aus Naturschutzgründen abgelehnt worden. Damit ging ein 13 Jahre andauernder Streit vorerst zu Ende. In einem weiteren Schritt will die Landesrätin den «Nationalpark Lechauen» mit der Bevölkerung diskutieren.

EU-Moratorium für GMO

Red. – Die UmweltministerInnen der EU-Staaten haben die Voraussetzungen für ein de-facto-Zulassungsverbot für genmanipulierte Organismen (GMO) geschaffen. Zumindest für eineinhalb bis zwei Jahre werden in der EU keine Gentech-Pflanzen mehr zugelassen. Betroffen sind Anträge für Mais, Raps und Tomaten. Das Moratorium soll gelten, bis in der EU verschärfte Sicherheitsbestimmungen eingeführt werden. Das dürfte nicht vor 2001 sein. Diesmal war der Druck der Bevölkerung und der Umweltverbände offenbar grösser als das Lobbying der Gentech-Konzerne. Umweltverbände sprachen von einem «Wunder» und «Sieg». Kritiker geben zu Bedenken, dass dies höchstens ein «Etappensieg» sei.

13 Jahre nach Tschernobyl

Red. – 13 Jahre nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl beträgt die Aktivität der langlebigen Radionuklide Cäsium-137 (Halbwertszeit 30 Jahre) in den Alpenböden noch immer etwa 70 % des Anfangswertes (1. 5. 1986 = 100 %). Die Belastung ist in den Alpen überdurchschnittlich hoch. Da die Menge an deponierten radioaktiven Nukliden insbesondere vom Niederschlag an den Tagen nach dem Unglück abhängt, ist ihre Verteilung starken regionalen Unterschieden unterworfen. Die Spitzenwerte der Bodenbelastung mit Cäsium-137 liegen in Österreich bei 190 kBq/m², in Italien bei 67, im Piavetal sogar bei 457 kBq/m². Höhere Werte finden sich nur in der Ukraine, in Weissrussland und in Teilen Skandinaviens. In den Westalpen sind die Spitzenwerte weitaus geringer: in Frankreich bei 35 kBq/m², in der Schweiz bei 48 kBq/m² und in Deutschland bei 75 kBq/m².



Aktuell im Internet auf: www.cipra.org



Die Aage V. Jensen Charity Foundation, Vaduz (FL), fördert die Herausgabe dieses CIPRA-Infos mit einem finanziellen Beitrag.

IMPRESSUM

Mitteilungen der CIPRA
Erscheint 4mal jährlich

Redaktion (red): Andreas Götz, Michel Revaz, Birgit Reutz, Alma Sartoris, Thomas Terzer, Sigrid Tschanett CIPRA-International – weitere AutorInnen: CIPRA-Slowenien, Reinhard Gschöpf, Barbara Hallensleben, Darinko Kores Jacks, Francesco Pastorelli, Guido Plassmann, Bettina Scheiderbauer, Dominik Siegrist, Andreas Weissen, Renate Zauner – Übersetzungen: Jürgen Deuble, Andreas Götz, Carlo Gubetti, Fabienne Juillard, Natasa Leskovic Ursic, Carla Toscana – Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht – Gedruckt auf Altpapier – Deutsche, französische, italienische und slowenische Ausgabe – Gesamtauflage: 12 000 Stück – Druck: Gutenberg AG, Schaan/FL

CIPRA-International, Im Bretscha 22, FL-9494 Schaan,
Tel.: 00423-237 40 30, Fax: 00423-237 40 31, e-mail: cipra@cipra.org, Website: www.cipra.org

Nationale Vertretungen

CIPRA-Österreich, c/o ÖGNU Umweltdachverband, Alserstrasse 21/1/5, A-1080 Wien
Tel.: 0043-1-40 113-36, Fax: 0043-1-40 113-50, e-mail: cipra@oegnu.or.at

CIPRA-Schweiz, c/o Pro Natura, Postfach, CH-4020 Basel
Tel.: 0041-61 317 92 42, Fax: 0041-61 317 92 66, e-mail: mbehrens@pronatura.ch

CIPRA-Deutschland, Waltherstrasse 29, D-80337 München,
Tel.: 0049-89 54 42 78 50, Fax: 0049-89 54 42 78 99, e-mail: cipra@1st-net.com

CIPRA-France, c/o Mountain Wilderness, 5, Place Bir hakeim, F-38000 Grenoble,
Tel.: 0033-476-01 89 08, Fax: 0033-476-01 89 07, e-mail: cipra.france@wanadoo.fr

CIPRA-Liechtenstein, c/o LGU, Im Bretscha 22, FL-9494 Schaan
Tel.: 00423-232 52 62, Fax: 00423 237 40 31, e-mail: lgu@lgu.LOL.li

CIPRA-Italia, c/o Pro Natura Torino, via Pastrengo 20, I-10128 Torino
Tel.: 0039-011-54 86 26, Fax: 0039-011-534 120, e-mail: pronto@arpnet.it

CIPRA-Slovenija, Večna pot 2, SI-1000 Ljubljana, Tel.: 00386-61-123 13 43 (int. 209),
e-mail: cipra@gozdis.si

Regionale Vertretung

CIPRA-Südtirol, c/o Dachv. f. Natur- u. Umweltschutz, Kornpl. 10, I-39100 Bozen
Tel.: 0039-0471 97 37 00, Fax: 0039-0471 97 67 55, e-mail: natur@dnet.it

Adressbereinigungen nach A1, Nr. 552 meiden.
Zureilfindes durchkreuzen – Marquer ca qui convient
Pore una crocette secondo il caso

Weggezogen: Nachsendefrist A démission Délai de réexpédition expiré Ritirato: Termine di riposizione scaduto	Adresse ungeliefertes insuffisante indirizzo insufficiente	Un- bekannt Inconnu Scopo- scuto	Nicht abgeholt Non rice- Non ritirato	Annahme abgelehnt verweigert Refusé Respiato	Gestorben Decede Deceduto
---	--	--	---	--	---------------------------------